

Gruppenbild der Teilnehmer der Herbst-Energieministerkonferenz.



Mona Taube

Klarer Kurs der Minister

Ein klares Bekenntnis für das Ziel der Klimaneutralität und die Fortführung der Energiewende sind das Ergebnis der jüngsten Herbst-Energieministerkonferenz. Die wichtigsten Ergebnisse der „Brunsbütteler Erklärung“ und die 17 Beschlüsse im Überblick.

Die Wahl des Ortes für die Herbstausgabe der Energieministerkonferenz (EnMK) vom 6. bis 8. November 2024 war naheliegend: Mit den drei Häfen von Brunsbüttel Ports will der Standort eine wesentliche Säule für die bundesweite Energieversorgungssicherheit bilden. Insbesondere für den Brunsbütteler Elbehafen ist dies laut Brunsbüttel Ports eine Aufgabe von höchster Priorität. Mit Beginn der Energiekrise wurde der Tiefwasserhafen durch die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur für den Betrieb eines schwimmenden LNG-Terminals zum nationalen Versorgungshub für den Import von verflüssigtem Erdgas (LNG). In der Zukunft sollen über die Energieimportinfrastruktur auch grüne Energieträger angelandete werden. Darüber hinaus könnte der Brunsbütteler Elbehafen im Zuge geplanter CCS-Projekte („Carbon Capture and Storage“) zukünftig eine entscheidende Rolle als Export-Hub für CO₂ einnehmen und so maßgeblich zur Erreichung der Klimaziele beitragen.

Zukunftsfähigkeit von Deutschland sichern

Neben dem Thema Versorgungssicherheit stand die Energieministerkonferenz ganz im Zeichen des Ampel-Aus und der damit verbundenen vorgezogenen Neuwahlen. In der abschließenden „Brunsbütteler Erklärung“ forderten die Teilnehmer angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen auf Bundesebene und globaler Herausforderungen von der Bundespolitik, „für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und die Zukunftsfähigkeit des Standortes Deutschland den Prozess der Transformation in Deutschland hin zu einer international wettbewerbsfähigen

und zugleich klimaneutralen Wirtschaft weiter voranzutreiben“. Durch einen weiterhin stabilen Rahmen für die Finanzierung des Ausbaus der erneuerbaren Energien und Planbarkeit in den Förderprogrammen müsse sowohl den Bürgern als auch der Wirtschaft Vertrauen und Planungssicherheit gegeben werden. Ein geeigneter rechtlicher Rahmen für die Planung und Umsetzung der notwendigen Maßnahmen in allen Bereichen von Industrie und Energieversorgung sowie die Förderung von Forschung und Innovation sei ebenfalls zu gewährleisten.

In der einseitigen Erklärung definieren die Teilnehmer zudem konkrete Schritte zum Erreichen dieser Ziele. Sie reichen

Energieministerkonferenz (EnMK)

Zwei Mal im Jahr im Frühjahr und im Herbst treffen sich die für Energiepolitik zuständigen Minister sowie Senatoren der Länder für jeweils zwei Tage zur Energieministerkonferenz (EnMK). 2024 fand die Zusammenkunft in Kiel und Brunsbüttel unter dem Vorsitz von Tobias Goldschmidt, Energiewendeminister von Schleswig-Holstein, statt. Ziel der EnMK ist eine effektive Koordination der Energiepolitik der Länder untereinander sowie zwischen den Ländern und dem Bund. Zudem dient sie der gemeinsamen Willensbildung der Länder. Die Frühjahrs-EnMK findet im kommenden Jahr unter dem Vorsitz von Mecklenburg-Vorpommern statt.



Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck schaltete sich per Videostream dazu.

von einer spürbaren und langfristigen Entlastung bei den Netzentgelten, damit die Strompreise für Industrie und Verbraucher spürbar sinken und die Elektrifizierung voranschreiten kann, bis hin zur Verabschiedung des Kraftwerkssicherheitsgesetzes inklusive Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz-Verlängerung. Der darin enthaltene Kapazitätsmechanismus soll sicherstellen, dass zügig neue Kraftwerke gebaut werden, die dann laufen, wenn nicht genügend Erneuerbare im Netz sind. Die Energieminister forderten außerdem die Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes inklusive eines wirksamen Biomassepakets. Dabei sollen die Anzahl der Ausschreibungen für Biogasanlagen erhöht, Anreize für Flexibilisierung gesetzt und den Anlagenbetreibern Planungssicherheit gegeben werden. Des Weiteren unterstützen sie die Umsetzung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie III (englisch: Renewable Energy Directive, RED) sowie die Beschleunigungsgesetze für Geothermie und Wasserstoff.

Mehr grüne Energie

Die in der „Brunsbütteler Erklärung“ aufgerufenen Themen finden sich auch in den 17 Beschlüssen wieder. Darin heißt es unter anderem, dass die erneuerbaren Energien weiter ausgebaut und Verzerrungen bei den Strompreisen vermieden werden sollen, indem der neue Förderrahmen für den Ausbau zügig entwickelt wird. Die Länder sprechen sich in diesem Zusammenhang dafür aus, dass die staatlich finanzierte EEG-Förderung grundsätzlich bestehen bleibt und weiterentwickelt wird. Dies soll sicherstellen, dass finanzielle Planungssicherheit für den weiteren Ausbau von Wind- und Solarenergie gegeben ist.

Schleswig-Holsteins Energieminister und Gastgeber Tobias Goldschmidt (Bündnis 90/Die Grünen) zieht nach der zweitägigen Konferenz ein positives Fazit: „Die Länder stehen geschlossen hinter der Energiewende. Die Brunsbütteler Beratungen waren von einer guten Kompromissbereitschaft getragen – über alle länder- und parteipolitischen Grenzen hinweg. Wir haben entscheidende Weichen gestellt, von einem tragfähigen Investitionsrahmen für den raschen Erneuerbaren-Ausbau über den Stromnetzausbau bis hin zum Wasserstoffhochlauf. (...) Ich wünsche mir den Geist der Beratungen von Brunsbüttel in den kommenden Monaten auch für Berlin. Das würde die Energiewende und unser Land voranbringen.“

Annika Beyer

KSD

KÖLNER SCHIFFSWERFT DEUTZ



WIR BILDEN AUS
KSD
WIR STELLEN EIN

INSTANDSETZUNG REPARATUR UMBAU...



Auenweg 173, 51063 Köln
Tel. +49 (0) 221. 98 10 88-0
Fax +49 (0) 221. 98 10 88-6
info@ksd-koeln.de
www.ksd-koeln.de

**WASSERFAHRZEUGE ALLER KLASSEN.
SCHIFFBAUTRADITION SEIT 1898**